

## Bundespräsident Köhler initiiert eine Neuordnung der deutschen Ideologie:

### Freiheit, Selbstverantwortung und Eigeninitiative sollen die Deutschen aus dem ‚Jammertal‘ führen

Der neue Bundespräsident stößt gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine sehr grundsätzlich angelegte Renovierung der deutschen Gesinnungswirtschaft an. Anlass für Köhlers Initiative ist die anhaltende ostdeutsche Unzufriedenheit mit dem Fortschritt der ‚Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West‘ im Allgemeinen und den drastischen Auswirkungen der Hartz-IV-Reformen im Ostteil der Republik im Besonderen. Das oberste Staatsorgan nimmt die faktisch sehr moderaten Proteste gegen die Reformen gleich als alarmierendes Indiz für den unbefriedigenden Zustand der deutschen Moralität insgesamt. Wäre die nämlich in Ordnung, würde kein Mensch Ungleichheit als Skandal empfinden und der Politik mit deplazierten Ansprüchen, dauernden Demonstrationen und inzwischen sogar mit einem links- und rechtslastigen Wahlverhalten lästig werden. In einem aufsehenerregenden Focus-Interview (13.9.) antwortet der Präsident auf die pikante Frage, ob man nicht „nach 15 Jahren Einheit so viel Ehrlichkeit aufbringen“ müsse, den Ossis endlich „die Wahrheit“ zu sagen, sprich: ihnen jede Illusion über eine Angleichung der Lebensverhältnisse zu nehmen, generalisierend, dass Ungleichheit sowieso ein Markenzeichen jeder freiheitlichen Gesellschaft ist:

„Es gab und gibt nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf. Wir müssen wegkommen vom Subventionsstaat.“

Mit seiner lapidaren Feststellung, dass ungleiche Lebensverhältnisse von je landauf, landab anzutreffen sind – es ‚gab und gibt nun einmal überall‘ Unterschiede in den Lebensverhältnissen –, will Köhler seine neue ‚Wahrheit‘ begründen, dass der oftmals sehr unschöne Gegensatz von Arm und Reich sowieso ein notwendiger ist, Gleichheit der Lebensverhältnisse also kein Maßstab von Kritik sein kann. Und mit der Prophezeiung staatschädlicher Wirkungen einer idealistischen Politik gegen diese tiefe Einsicht – ein ‚zementierter Subventionsstaat‘ wirkt mit seinen ins Unendliche prolongierten Zahlungsverpflichtungen auf die ‚junge Generation‘, die hier stellvertretend für die Zukunft der Nation zitiert wird, ruinös – kennzeichnet er die Notwendigkeit für Politik und Volk, sich beim Regieren und Meinen an diese ‚Wahrheit‘ zu halten, also in Sachen ‚Angleichung der Lebensverhältnisse‘ keine falschen Hoffnungen zu wecken und sich keinen falschen Illusionen hinzugeben. Alles staatliche Bemühen um einen ‚gerechten‘ Ausgleich von unterschiedlichen Lebensverhältnissen ist damit als Schaden am Allgemeinwohl

denunziert. Was der Kapitalismus an sozialen und regionalen ‚Unterschieden in den Lebensverhältnissen‘ anrichtet, ist in Ordnung. Die Deutschen aller Himmelsrichtungen sind somit aufgerufen, soziale und regionale Ungleichheiten als positive Grundlage des Lebens zu akzeptieren. Köhler propagiert damit nichts weniger als einen Paradigmenwechsel in der offiziellen Ideologie: Nicht Gerechtigkeit zwischen Ost und West, Oben und Unten soll in Zukunft das Leitmotiv der Nation darstellen, sondern die Betonung von Freiheit, Selbstverantwortung und Eigeninitiative des Individuums in schwerer Zeit.

„Worauf es ankommt ist, den Menschen Freiräume für ihre Ideen und Initiativen zu schaffen. ... Ich will dazu beitragen, dass den Menschen im Osten mehr Spielraum für ihre Ideen gegeben wird – etwa durch Befreiung von überflüssiger Bürokratie. Ich bin sicher, dass den Menschen was einfällt.“

Die privatwirtschaftlich und staatlich verarmten Leute müssen sich eben darauf besinnen, dass sie auch in großer Not immer noch das höchste und wertvollste aller Güter besitzen, ihre Freiheit. Da stellt das Kapital die neuen Länder und Leute flächendeckend unter das Kriterium der freien Profitkalkulation und teilt ihnen gleichzeitig mit, dass sie dem nicht gerecht werden, und Köhler erteilt den damit zur Überschussbevölkerung degradierten, mittellosen Leuten den heißen Tipp, dass sie eben frohgemut Eigeninitiative ergreifen müssen. Sie sollen sich ganz einfach was einfallen lassen. Was? Eine gute Idee! Not macht eben erfinderisch. Subventionen hingegen machen faul und phantasielos. Ungleichheiten aller Art sind somit als ein das freie Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte beflügelnder Zustand zu begrüßen. Dass das Wundermittel Freiheit seine segensreichen Wirkungen nicht schon längst entfaltet hat, kann in der Vorstellungswelt eines Köhlers nur daran liegen, dass die real existierende Freiheit noch nicht frei genug ist, d.h. die ‚Spielräume‘ für ‚Ideen und Initiativen‘ wegen bürokratischer Vorschriften viel zu eng sind. Nun vermag zwar auch der Bundespräsident nicht anzugeben, welche bürokratischen Vorschriften die Überschussbevölkerung so böse strangulieren, das hindert ihn jedoch nicht, den Kalauer ‚Entbürokratisierung‘ als Allheilmittel des Aufschwungs zu verkaufen. Aber auch für den Fall, dass lukrative Geschäftsideen sich nicht so locker einstellen wollen, bleibt die Freiheit im Wortsinn grenzenlos:

„Wenn ein Arbeitnehmer in seiner Heimat keinen Arbeitsplatz finden kann, der seinen Ansprüchen gerecht wird, dann muss er sich selbst entscheiden: entweder dorthin ziehen, wo er Chancen sieht, seine beruflichen Ziele zu verwirklichen, oder bewusst

### Inhalt

- Gastvortrag zum Thema: Globalisierung
- Bundespräsident Köhler
- Filmkritik zu „Der Untergang“
- Vorweihnachtliche Wohltätigkeit

### Gastvortrag von Prof. Dr. Egbert Dozekal (Frankfurt am Main)

## Globalisierung – Ideologie und Realität

Seit Jahren ist das Stichwort „Globalisierung“ die einschlägige Erklärung und Rechtfertigung für Lohnsenkungen, Rentenkürzungen, Streichungen bei den Leistungen der Kranken- und anderen Sozialkassen, die der Masse der Bevölkerung verordnet werden. „Leider“, heißt es, seien Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik nach nationalen Vorstellungen nicht mehr möglich im Zeitalter „globalisierter Märkte“. Grenzen hätten ihre Schutzwirkung verloren, seitdem „transnationales Kapital“ die Länder der Erde als Standorte vergleicht und sich zur Niederlassung nur noch dort entschließt, wo die Leistungen eines Standorts Weltspitze, seine Kosten dagegen minimal sind. Der Nationalstaat stellt sich als Opfer einer anonymen Entwicklung hin, gegen die er sich nicht wehren könne. Ohnmächtig müsse er den internationalen Kapitalen zu Diensten sein, sonst hauen sie ab.

Die Wahrheit war das nie. Stets haben dieselben Politiker und Unternehmer den „Risiken der Globalisierung“ ihre „Chancen“ gegenübergestellt. Zur „Verteidigung des Standort Deutschland“ haben sie sich von einer Lage „zwingen“ lassen, die sie selbst hergestellt haben: Europa und Amerika haben jahrzehntelang alle Länder - gewaltsam oder nicht - „geöffnet“ und den ganzen Globus zum Anlageplatz für Kapital hergerichtet. Die Konkurrenz um die nationale Nutzung des Weltmarkts, die sie eröffnet haben, wollen sie natürlich erfolgreich bestehen. Sie stellen sich dieser selbst geschaffenen „Herausforderung“ und verteidigen den Reichtum ihrer Nation durch die Schaffung von jeder Menge Armut bei den Massen.

Man sollte also die Sache, auf die das Schlagwort „Globalisierung“ anspielt, von der Sachzwang-Ideologie unterscheiden, die damit transportiert wird. Der offiziellen Berufung auf „Globalisierung“ ist nämlich durchaus zu entnehmen, worin deutsche Politiker, Unternehmer und Presseleute die Lebensgrundlagen und Reichtumsquellen ihres Landes sehen, welche Herausforderungen sie bestehen, welche Konkurrenz sie gewinnen wollen, und welche Rolle sie den Normalmenschen zuweisen. Darum soll es in dem Vortrag gehen. Und auch darum, ob eine Anti-Globalisierungs-Bewegung die passende Antwort auf den globalen Kapitalismus ist.

### Der Vortrag findet statt am Dienstag, 14. Dezember 2004, 19 Uhr in der Neuen Aula, Hörsaal 2 Wilhelmstr. 7 in Tübingen

dem Leben in der unmittelbaren Heimat den Vorzug geben.“

So landet die freie Selbsthilfe per Ideenreichtum im nächsten Atemzug wieder beim banalen Zwang zum Gelderwerb per Lohnarbeit. Die raue Alternative, dass die Leute auf einem rentablen Arbeitsplatz eines frei kalkulierenden Kapitals ein Aus-

kommen haben oder eben keines haben, macht Köhler als freie Wahl zwischen eigenen Ansprüchen und Präferenzen vorstellig. Was vollkommen den geschäftlichen Kalkulationen der Arbeitgeber unterliegt, also in keiner Hinsicht in die Kompetenz eines Arbeitnehmers fällt, erscheint so

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

als dessen freie Entscheidung zwischen Mobilität einschließlich Verdienst oder Heimat einschließlich der ortsüblichen Arbeitslosigkeit.

Wie gut, dass es auch Kreise gibt, die von ihrer Freiheit & Chancengleichheit erfolgreich Gebrauch zu machen wissen und mit ihrem üppigen Lebensstil die Schönheiten dieser hohen Werte für alle sinnfällig machen. Die Rede ist von ‚unseren‘ Eliten.

„Eliten haben aus ihren Chancen besonders viel gemacht. Das sollte uns allen etwas wert sein. Sie zeichnen sich aus durch besondere Leistungen, besondere Fähigkeiten, besondere Bildung, manchmal auch durch viel Geld. Wir haben zu lange die Philosophie gehabt, wir könnten die Spitze ignorieren und Talente gleich verteilen. Das war nicht gut. Wir müssen in der Gesellschaft wieder die Akzeptanz dafür schaffen, dass Leistungsstärke Anerkennung findet, damit Solidarität eine starke wirtschaftliche Basis in der Gesellschaft bekommt“

Köhler deutet das Gegeneinander von Regierung und Regierten, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bis hin zu öffentlichen Meinungsmachern und ihrem Publikum als nationales Gemeinschaftswerk mit prinzipiell gerechter Verteilung von Nutzen und Lasten: Wer zur politischen, ökonomischen oder auch kulturellen Elite gehört, dem stehen bessere Lebensverhältnisse auch zu, weil er von Haus aus ‚Spitze‘ ist, viele ‚Talente‘ hat, ‚Leistungsstärke‘ zeigt und ‚aus seinen Chancen besonders viel gemacht‘ sowie ‚besondere Leistungen‘ erbracht hat. Woran aber sieht man, dass er all dies für sich verbuchen kann? Ganz einfach: An der Tatsache, dass er zu den Erfolgreichen der Gesellschaft gehört. ‚Ungleiche Lebensverhältnisse‘ sind somit per se gerecht. Und nützlich: Eliten vermehren in Köhlers Lesart nicht einfach nur das Privatvermögen, sondern zugleich die ‚wirtschaftliche Basis in der Gesellschaft‘ und damit die Grundlage für jede gesellschaftliche Solidarität. Die Repräsentanten von politischen und ökonomischen Interessen, welche die Mehrheit der Bevölkerung zu den ‚kleinen Leuten draußen im Lande‘ machen, sind also zugleich als diejenigen zu würdigen, die was für ‚die Gesellschaft‘ und somit letztlich auch für jedes arme Würstchen in ihr tun. Deswegen sollten Leute, die bereits ‚viel Geld‘ ihr eigen nennen, ihren Mitbürgern, die bloß viel Freiheit ihr eigen nennen können, ‚etwas wert‘ sein.

Wenn Köhler den phantasiereichen Gebrauch der Freiheit empfiehlt, um sich in allen Lebenslagen selbst zu helfen, dann soll das umgekehrt nicht heißen, dass man sie daran messen sollte oder dürfte, ob das auch in befriedigender Weise klappt. Freiheit ist schließlich das Höchste, was ein Staat seinem Volk gewähren kann, und ist folglich nur staatsnützlich zu gebrauchen: Freiheit schließt die Pflicht ein, gegebenenfalls auch ohne jeden Reflex auf privaten Nutzen für sie einzustehen. Zur Vermittlung dieser frohen Botschaft zitiert Köhler den Freiheitsidealismus der ‚friedlichen Revolution‘ der DDR und mahnt alle Deutschen, jetzt, wo sich der Alltag und damit der Ernst der Freiheit eingestellt hat, in ihrem tätigen Nationalismus nicht nachzulassen:

„Die Menschen in den neuen Ländern haben mit der friedlichen Revolution etwas ganz Großes für Deutschland geleistet, wofür wir alle dankbar sind. Wir brauchen sie für die Gestaltung einer guten Zukunft. ... Jeder in Ost und West muss wissen, dass er selbst gefordert ist.“

In der höflichen Form eines dicken Kompliments macht der Präsident seinem

Volk keine geringen Ansprüche auf: Ihre originalen Montagsdemonstrationen interpretiert er als ‚etwas ganz Großes‘. Mit dieser hehren Formel ist nie etwas zum eigenen Nutzen und Frommen gemeint, sondern etwas Selbstloses, ein Dienst ‚für Deutschland‘ eben. Der demonstrative Dank der Präsidenten hierfür kündigt allerdings keine Dankesgeschenke seitens ihrer zu neuer Größe aufgestiegenen neuen Heimat an, sondern ist der Auftakt dazu, die Bürger auch für die Zukunft auf selbstlose Dienstbarkeit festzulegen: „Die Deutschen unterschätzen immer noch, welche Bewährungsprobe auf sie zukommt.“

Mindestens den ehemaligen Volksgenossen müssten solche Töne aus den alten DDR-Zeiten bekannt vorkommen. Die politische Verpflichtung für einen selbstlosen ‚Aufbau des Sozialismus‘ galt zwar im Westen als Inbegriff der Trostlosigkeit des Lebens unter der Diktatur des Systemfeinds, eine auf Dauer angelegte Opferbereitschaft zugunsten der Freiheit ist aber natürlich etwas ganz anderes.

Mit seinen Äußerungen hat der Bundespräsident „in ein Wespennest gestochen“ (FAZ, 14.9.) Seine Forderung nach offizieller Anerkennung der kapitalistischen Misere in den neuen Länder und einem Stopp aller staatlichen Versprechungen, die Ungleichheit der Lebensverhältnisse in Ost und West per Subventionen auszugleichen und einem Ende zuzuführen, wird aufgeregt als „nicht glücklich“ (Mathias Platzeck), als „überspitzt“ (Angela Merkel), als „Aufruf zur Resignation“ (Ludwig Stiegler) oder als „ungewollte Wahlkampfhilfe für die PDS“ (Fritz Kuhn) und sogar als Angriff aufs „Mark des Grundgesetzes“ (Petra Pau, PDS) mit kritischen Anmerkungen versehen. Allenthalben wird die Einheit der Nation als höchstes Gut beschworen und vor einer „Zementierung der Ost-West-Schere am Arbeitsmarkt“ (Andrea Merkel, Georg Milbradt, Mathias Platzeck u.a.) gewarnt. All diese Einwände sind nichts als Verlaufsformen der Etablierung der neuen Moral: Wer vor Übertreibung warnt oder alte Positionen wenigstens zum Teil retten will, akzeptiert den neuen Standpunkt im Grundsatz. Die schönste Wortmeldung steuert NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück bei, der seiner Absage ans alte Ideal die Form seiner Erhaltung verleiht. Als explizit irrales Ideal will er die ausgleichende staatliche Gerechtigkeit im Wertehimmel der Republik bewahrt sehen:

„Die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in Ost und West ist ein Auftrag. Etwas anderes ist es, ob dieses Ziel in allen in Frage kommenden Feldern erreicht werden kann. Da melde ich Zweifel an, denn die Länder sind zu verschiedenartig.“

Ansonsten braucht Köhler auf Unterstützung nicht lange zu warten. Allen voran nimmt Bundestagspräsident Thierse den 15. Jahrestag der großen Montagsdemonstration anno ’89 zum symbolträchtigen Anlass, seinen Landsleuten in Sachen Opferbereitschaft und guter Laune gehörig ins Gewissen zu reden. Schon wieder ist von ‚Großem‘ die Rede: „Damals ging es um die kleine versteinerte DDR. Heute geht es um ein großes gemeinsames Land.“ Deshalb war damals Protest und Umsturz fällig, während heute alles Ungemach mit „neuem Mut und neuer Entschlossenheit“ zu ertragen ist. ‚Große‘ nationale Projekte dürfen eben jedes Opfer verlangen. Die neue Moral, dass sich der Mensch seiner neuen Freiheit mit „mehr Eigeninitiative“ würdig erweisen muss, erhebt Thierse gleich zu einer Frage der Ehre: „Gleichwertige Lebensverhältnisse werden uns nicht von oben oder aus dem

Westen gebracht, wir müssen sie selber auf die Beine stellen.“

Auch der Bundeskanzler erkennt sofort die Geistesverwandtschaft der neuen moralischen Standards mit dem, was er schon seit einiger Zeit predigt: Schröder will davon wegkommen, dass aus den Opfern, die seine Reformpolitik produziert, irgendein schlechtes Urteil über sie folgt, und exemplifiziert die neuen Maßstäbe am Begriff Gerechtigkeit. Schon wieder ist von ‚künftigen Generationen‘ die Rede:

„Mir geht es darum, den Gerechtigkeitsbegriff endlich wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen. Es geht um eine Gerechtigkeit auch für künftige Generationen, ich will die Chancen unserer Kinder und Enkelkinder erhöhen, anstatt sie fortwährend zu schmälern. Die Politik der permanenten Gegenwart muss beendet werden.“

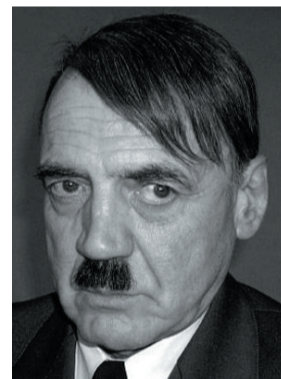
Auf dem Kopf steht hiernach der, der Gerechtigkeit zum Vehikel seiner eigenen Interessenvertretung macht. Sichere Bodenhaftung hat hingegen der Politiker, der im Interesse der Zukunft von Volk und

Nation Zumutungen und Vergünstigungen geschäftsdienlich verteilt. Gerechtigkeitsgesichtspunkte, die den Vergleich von Lebensverhältnissen in den verschiedenen Landesteilen oder sozialen Schichten zur Grundlage haben, sind damit grundsätzlich hinfällig. Zur Bekräftigung seiner Verzichts-Moral bereichert Schröder das moralische Arsenal der Nation auch noch mit dem Begriff „Mitnahme-Mentalität“. Der leistet gezielt dem Verdacht Vorschub, dass die vielen Anspruchsberechtigten des Sozialstaats die staatliche Fürsorge, die sie dauernd in Anspruch nehmen, gar nicht verdienen. „Die Mentalität, dass man staatliche Leistungen mitnimmt, wo man sie kriegen kann, auch wenn es eigentlich ein ausreichendes Arbeitseinkommen in der Familie gibt“ muss aus dem Verkehr gezogen werden. Schröders Klarstellung, das Allgemeinwohl werde durch eine zwar rechtmäßige, wegen der Notlage der Nation aber dennoch illegitime Inanspruchnahme seiner Leistungen geschädigt, macht die Absicht populär, die immer noch zu großzügig ausbezahlten Sozialleistungen weiter zurückzufahren. Das ist nur gerecht, und keiner braucht sich zu beschweren.

## Zur Debatte über den Film „Der Untergang“

Eine merkwürdige Frage:

Darf man Hitler „menschliche Züge“ verleihen?



Im September kam ein deutscher Film in die Kinos – „Der Untergang“ –, der die letzten 12 Tage Hitlers im und um den Führerbunker zum Thema hat. Noch vor der Premiere brach in der nationalen Kulturlandschaft eine aufgeregte Debatte los. Der Vorwurf an die Filmemacher lautet, sie hätten Hitler „verharmlost“, und zwar weil sie sich die Freiheit herausgenommen haben, ihn mit „menschlichen Zügen“ zu versehen. Der Hauptdarsteller darf tatsächlich Regungen wie Wut, Trauer oder Freude spielen. Diese Aufregung und die sich daraus ergebende Anstandsfrage: „Dürfen die das!“, sind sachlich betrachtet absurd: Beim „Führer des Deutschen Reiches“ wird es sich wohl kaum um einen Alien gehandelt haben und beim Untergang seines faschistischen Formierungs- und Eroberungsprogramms wird er natürlich wütend oder traurig gewesen sein und über zwischendurch eingehende, für seine Sache hoffnungsvolle Nachrichten wird er sich gefreut haben. Es ist absurd zu behaupten, das faschistische Programm würde „verharmlost“, wenn man sieht, dass dessen Erfinder und oberster Anführer gewöhnliche menschliche Regungen an den Tag legte. In der demokratischen Kultur der „Vergangenheitsbewältigung“ ist das aber offensichtlich gar nicht absurd, sondern der springende Punkt. Hierzulande gilt nämlich ein Tabu:

Wer bei Hitler das tut, was Geschichtsschreiber, Biographen, Filmemacher sonst bei jeder historischen Figur machen, nämlich seine Gründe, Motive, Gefühle zu ergründen, fängt sich einen herben Vorwurf ein. Sonst genießen Historiker

und Schriftsteller, die sich in die von ihnen dargestellte Figur hineinzufühlen und deren persönliche Beweggründe publikumswirksam darzustellen wissen, höchste Anerkennung. Bei Hitler aber gilt dies als gefährlich: Den hat man als abgrundtief bösen (Un-)Menschen mit einem verbrecherischen Charakter zu verurteilen. Die Moralhüter der Geisteswelt geben damit zu, worum es sich bei ihnen und ihrer Kollegen historischen Darstellungen handelt: keine objektiven Erklärungen dessen, was die großen und kleineren Gewalttäter der politischen Geschichte so angerichtet haben, sondern verständnisinnige Einfühlung in deren Motive. Einfühlen in die Gedankenwelt des Helden wird gleichgesetzt mit verstehen und verstehen mit billigen. Und das tut zumindest ein Stück weit jeder ehrbare bürgerliche Historiker, ganz zu schweigen von Dichtern und Filmemachern, deren Publikumserfolg damit steht oder fällt, dass sie die „Großen“ der Geschichte dem Zuschauer als Personen auspinseln, deren Motive ihm selbst dann irgendwie als verständlich einleuchten, wenn die Moral der Hauptfigur nicht über alle Zweifel erhaben ist. Diese Ehre darf Hitler nicht erwiesen werden. Deshalb gibt es in der demokratischen „Vergangenheitsbewältigung“ die Pflicht zur Verfälschung. Die „Vergangenheit“ darf politisch korrekt ausschließlich entlang des Leitfadens „bewältigt“ werden, dass es sich beim Faschismus um das verbrecherische Werk eines bösen (Un-)Menschen handelt. Der Charakter dieses Menschen wird als „dämonisch“ beschrieben. Wenn man dann behauptet, dass es dieser Charakter sei, der die Vorhaben und Taten des Faschismus zu verantworten habe, dann sind diese – Ausgeburten eines Bösen schlechthin und ihre „Erklärung“ fällt in die historisch einmalige Besonderheit dieser kriminellen

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1

Persönlichkeit. Da hat man dann moralisch empört und menschlich und entsetzt den Kopf zu schütteln und immer nur zu wiederholen: „Wie konnte so etwas bloß geschehen?“ Die Antwort auf diese Frage war und ist deshalb immer schon klar: Dieser „Dämon“ hatte *kein politisches Programm*, sondern er hat die Politik für die Abgründe seiner Person *missbraucht*, seinen nackten Machttrieb damit befriedigt und mit dem 3. Reich seinen Wahn Gestalt werden lassen. Dass er dafür noch ein ganzes Volk gewonnen hat, verdankt sich nach diesem Erklärungsmuster einer grandiosen „Massenverführung“ – womit dieser Abschnitt deutscher Geschichte seine umfassende Würdigung gefunden hätte: Da ist ein einziger, riesiger Unglücksfall der – deutschen – Geschichte passiert. Und da begehrt der Film „Der Untergang“ auf den ersten Blick tatsächlich so etwas wie einen Tabubruch, wenn der Mensch Hitler ein wenig ent-dämonisiert wird, weil damit nach obiger Logik auch seine Taten ein wenig mit ent-dämonisiert werden.

Zu Recht hat sich die Aufregung über diesen Tabubruch aber ziemlich schnell gelegt, weil dieser Film durchaus fest in der Tradition der bundesdeutschen „Vergangenheitsbewältigung“ verankert ist: Auch er befasst sich ja mit nichts anderem als dem rätselhaften Wesen des *Menschen* Hitler und trägt dazu nichts weiter bei als ein paar „menschliche“ Facetten. Und wenn sich die ganze Debatte nur darum dreht, ob man am *Bild* vom „Führer aller Deutschen“ als dem bösen Menschen schlechthin ein bisschen herummachen darf, dann bleibt der Kernbestand der „Vergangenheitsbewältigung“ gewahrt, ja, wird sogar unterstrichen: Mit dem, was *Politik* genannt werden darf, hat der Faschismus nichts gemein, und Hitler war kein *Politiker*.

Dagegen ist als erstes festzuhalten, dass Hitler einen Weg eingeschlagen hat, der zumindest hierzulande als sehr ehrenwert gilt, um das, was heutzutage und im Nachhinein als „Wahnideen“ und „kriminelle Energie“ gilt, durchzusetzen: Er „beschloss, Politiker zu werden“, gründete eine Partei und erzielte so eindrucksvolle demokratische Wahlerfolge, dass der Präsident nicht umhin konnte, ihn verfassungskonform zum Reichskanzler zu bestellen. Diese „Wahnideen“ gelangten nur deshalb zu größerer Bedeutung und Wirkung, weil er ein ausgesprochen *politischer* Kopf war und wusste, was er *brauchte*: Die Kommandogewalt über eine ganze Nation, die es ihm und seiner Partei ermöglichte, eine „innere Säuberung“ durchzuziehen, „Volksfremde“ zu beseitigen, Interessenkämpfe zu verbieten und Soldaten marschieren zu lassen. Mit seinem persönlichen Machtwillen hätte er überhaupt nichts davon erreicht, vielmehr entstammte seine Macht ausschließlich aus dem Posten, dem im Staat vorgesehenen *Amt*, das er angestrebt und auch bekommen hat. An dem hohen Staatsamt hängt das Verhältnis der Über- und Unterordnung, das der „Führer und Reichskanzler“ wie jeder Regierungschef zu den Angehörigen seiner Nation eingenommen hat. Wer es für selbstverständlich hält, dass ein solches Amt unabdingbar ist, und es damit auch gutheißt, der darf sich erstens nicht wundern, dass Leute wie Hitler, die an der Verfassung von Staat und Gesellschaft einigen Reformbedarf entdecken, diese Gewalt für das einzig taugliche Heilmittel halten und die Macht über die Massen und die sachlichen Mittel einer Nation anstreben. Und der hat sich zweitens in eine heillose Position manövriert, wenn eine Figur wie Hitler diesen Posten bekommt, den *er* zwar für eine *furchtbare Fehlbesetzung*, die *sich* aber für extrem geeignet hält: Zum

Regierungsamt gehört es dazu, dass sein Inhaber auf unterlegene Proteststimmen keine Rücksicht zu nehmen braucht, Widerstand seitens der Regierten auch mit Gewalt zu brechen vermag und dazu auch befugt ist. Die Zustimmung zu staatlicher Macht schließt unwiderruflich das „Risiko“ ein, dann eben auch regiert zu *werden*, und zwar nach den Vorstellungen der Regierenden und nicht der Regierten.

Was seine *Absichten und Ziele* betraf, war Hitler als deutscher Politiker gar nicht so unnormal. Der Mann ist nämlich durchaus nicht mit dem Angebot angetreten, wahnwitzige Verbrechen zu begehen. Er hat, wie die meisten seiner damaligen Kollegen, einen Verfall der Staatsmacht im Innern und nach außen diagnostiziert. Dem Volk hat er einen Weg zur Wiederherstellung und Vergrößerung deutscher Macht gezeigt, nämlich *sich* und seine Partei als rücksichtslosen Anwalt deutscher Ordnung nach innen und deutscher Rechte nach außen präsentiert. Ein Versprechen, das Krieg und die Lösung des jüdischen „Ausländerproblems“ einschloss. Natürlich war das nicht ganz dasselbe wie das, was seine bürgerlichen und linken Konkurrenten versprochen haben – wie auch: Denen machte er ja gerade zum Vorwurf, auf ganzer Linie versagt haben. Einig war es sich mit ihnen freilich in dem, worin er ihnen Versagen vorwarf, im *gemeinsamen Sorgeobjekt*: die innere Ordnung und die Durchsetzungsfähigkeit der *deutschen Nation*. Lauter von ihnen anerkannte Staatsaufgaben packte Hitler an,

- Wenn es ihm um die Wiederherstellung von produktiven und wachstumsträchtigen Beziehungen von Kapital und Arbeit als *der* ökonomischen Basis der Nation ging;
- Wenn er eine patriotische Moral forderte und förderte, die – Stichwort „Wiedererweckung“ – die Geschlossenheit der Nation garantieren sollte;
- Wenn er sich kämpferisch für die Beseitigung der Schranken für Deutschlands Interessen in der Welt, die die Siegermächte des ersten Weltkriegs errichtet hatten, einsetzte.

Dass Hitler dann das errungene Amt für den Zweck umgemodelt hat, für den er sich hat wählen lassen, nämlich aus dem Verlierer des 1. Weltkriegs wieder ein mächtiges Reich zu machen, das sollte einen dann auch nicht mehr wundern. Und konsequenterweise hat sich weder die Mehrheit der damaligen Wähler, geschweige denn die Mehrheit seiner politischen Konkurrenten in den damaligen bürgerlich-demokratischen Parteien darüber gewundert. Selbst Letzteren hat nicht nur sein Programm eingeleuchtet, sondern auch, dass zu dessen Umsetzung die demokratischen Herrschaftsformen nicht mehr so recht gepasst haben; daher hat ihn ja auch die Reichstagsmehrheit – parlamentarisch korrekt – zu allen dafür nötigen Verfassungsänderungen *ermächtigt*.

Das bundesdeutsche Selbstverständnis und das der deutschen Politiker besteht jedoch darin – und beharrt unerbittlich darauf –, Hitler die politische Qualität bzw. die Berufsqualifikation als Politiker zu bestreiten, den Faschismus als eine *dämonische Entgleisung* zu verdammen.

Was sind Absicht und Nutzen dieser Ent-Politisierung des Faschismus? Wenn demokratische Politiker und Meinungsmacher sich mit dieser *Herrschaftsform* auseinandersetzen, dann sind sie sich in einem von vornherein sicher und wiederholen es unablässig: Der Faschismus kann nur das

*Gegenteil* der von ihnen bevorzugten Art des Politikmachens sein. Umgekehrt steht damit die *demokratische* Herrschaftsform im Grundsatz außerhalb jeder Kritik, weil sie eben ganz und gar unvergleichlich mit dem Faschismus sei – und sie verdient darum, egal, was an jeweiliger Politik gemacht wird, und vor jeder Frage, *wer* von dieser Politik was hat oder – umgekehrt – davon geschädigt wird, einen ganz dicken Bonus. So darf man zwar an Taten und Programmen einer demokratischen Regierung herumkritisieren, aber für alles, was sie tut, hat sie eine unschlagbare Rechtfertigung, sie ist von der *Mehrheit* gewählt.

Die bundesrepublikanische „Vergangenheitsbewältigung“, zu der auch dieser Film und die Debatte über ihn ein Beitrag ist, verfährt nach dem immergleichen Schema: Es werden schonungslos die faschistischen Gräueltaten vorgeführt und es wird sich abgrundtief für eine schreckliche Vergangenheit geschämt; damit – was eben keine Analyse, sondern die *Moral der Geschichte* ist, auf die allein es ankommt – wird dann auf eine „Lehre“ zugesteuert: „Das darf nie wieder passieren!“ – *Was* eigentlich? Dass deutsche Politiker Deutschlands Macht und

#### Buchtipp:

**Konrad Hecker: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, erschienen im GegenStandpunkt-Verlag**

## Alle Jahre wieder: Vorweihnachtliche Wohltätigkeit

Spendenaktionen gehören zur Vorweihnachtszeit wie Glühwein und Adventskalender. Kirchen und Wohlfahrtsverbände, Fernsehmagazine und Tageszeitungen rufen auch heuer wieder dazu auf, bedürftigen Mitmenschen mit größeren oder kleineren Geldbeträgen unter die Arme zu greifen. Dieser vorweihnachtlichen Mildtätigkeit geht seit Jahrzehnten das Material nicht aus: Arme gehören zu dieser Gesellschaft offensichtlich ebenso dauerhaft wie Banken und Bundeswehr. Warum das so ist, soll man sich beim Spenden nicht fragen, und als Einwand gegen die Effektivität der freien Marktwirtschaft soll das nicht genommen werden, auch nicht, wenn die Armut, so wird mitgeteilt, nicht weniger, sondern immer mehr wird.

„Die Zahl der Hilfsbedürftigen steigt, die Hilfsmittel aber werden immer weniger: Mit diesem Satz ließe sich ein regionaler Armutsbericht zusammenfassen. Es war insgesamt kein gutes Jahr für sozial schwache Menschen.“ (Stuttgarter Zeitung)

#### Die Armut nimmt zu

Das Lob der „Wohlstandsgesellschaft“, in der angeblich die Armut, obwohl permanent vorhanden, eine schicksalhafte Ausnahme darstelle, ist leiser geworden. Armut, so heißt es heute, ist ein notwendiges Massenphänomen, das der Erfolg des Geschäftsstandorts Deutschland zwingend erfordert. Während im Lokalteil die „immer größer werdende Not um uns herum“ (St.Z.) beklagt wird, verlangen Politiker, Unternehmer und Wirtschaftsexperten in der gleichen Zeitung Lohnsenkungen bei verlängerter Arbeitszeit und Verbesserung der betrieblichen Kostenstrukturen durch Stellenstreichungen. Löhne und Gehälter mögen das einzige Lebensmittel sein für die, die sie kriegen, für die Betriebe, die sie auszahlen sind es Kosten und als solche niedrig zu halten. Schließlich er-

Weltgeltung vermehren wollen? Oder dass dabei einer, Hitler eben, mit seiner totalen Niederlage im 2. Weltkrieg, beim Gegenteil endete? Kein Wunder, dass Demokraten, wenn sie Hitler kritisieren, auf dessen Zweck, Deutschland nach dem verlorenen 1. Weltkrieg wieder mächtig zu machen und dafür das ganze Volk einzuspannen, kaum zu sprechen kommen, *darin* haben sie nämlich gar keine Kritik. Grundsätzlich wird ihre Verdammung des Faschismus nur durch ein bedingungsloses Lob der Demokratie: Sie ist, so wie sie steht und geht, angesichts der damaligen schrecklichen „Einmaligkeit“ eine einzige Institution zur Verhinderung solcher „schrecklichen Ereignisse“; dafür verdient sie im Kontrast zu diesem „Unerklärbaren“ ein ganz tiefes – und grundloses – Vertrauen und Lob.

Der Film „Der Untergang“ musste sich die Frage gefallen lassen: „Wird damit nicht der Faschismus verharmlost?“ Gegenfrage: Handelt es sich bei einem solchen Film und der schon routinemäßig ablaufenden „Vergangenheitsbewältigungs“-Debatte nicht um eine *Verharmlosung der Demokratie*?

rechnet sich der Profit, auf den es in dieser Gesellschaft ankommt, aus der Differenz zwischen den Produktionskosten und den Verkaufserlösen. Im Zeitalter weltweit durchgesetzter Marktwirtschaft mit freiem Kapitaltransfer über den gesamten Erdball und einer Produktivität, die menschliche Arbeitskraft zum Handlanger computerisierter Produktionsabläufe gemacht hat, konkurrieren deutsche Arbeiter kostengünstig mit den Armen zwischen Ungarn und Südafrika. Deren Lohnniveau wird ihnen ganz praktisch als Vergleichsmaßstab aufgemacht, wenn deutsche Unternehmen Standortverlagerungen und/oder Lohnsenkungen beschließen.

Dass der kostensparende Umgang mit den Arbeitnehmern kein Novum ist, zeigt die mehr als 100-jährige Geschichte der Sozialkassen, mit denen der Staat dafür sorgt(e), dass die ganz normalen „Wechselfälle des Lebens“ nicht zum sofortigen Ruin des lohnarbeitenden Teils seiner Bevölkerung führen. Schon in den Zeiten, in denen er Lohn bezieht, kann dieser Bevölkerungsteil Krankheit, Unfall, Ehescheidung, Kinderreichtum, Wohnungsverlust... finanziell nur schwer oder gar nicht bewältigen. In Zeiten, in denen er wegen Entlassung, Invalidität oder Alter nichts (mehr) verdient, hat er auch nichts (mehr) zum Leben. Weil das so ist, hat der Sozialstaat Zwangsversicherungen eingerichtet, in die Lohnteile zwangsabgeführt wurden. Aus diesen Beiträgen aller Lohnarbeiter werden die Hilfszahlungen an die finanziert, die vom „Schicksal“ ereilt werden. So erzwingt die sozialstaatliche Armutsverwaltung durch Umverteilung von Lohnbestandteilen, dass der Lohn der nationalen Arbeiterklasse für ein Überleben auch in den Notlagen ausreicht, die die Marktwirtschaft so zu bieten hat.

Dieser Finanzierungsgrundsatz hat schon immer dafür gesorgt, dass es sich in der

„sozialen Hängematte“ herzlich unbequem liegt. Die Zahlungen für Arbeitslose reichen kaum zum Lebensunterhalt und „motivieren“ zur dringenden Suche nach bezahlter Arbeit, und um von der Rente einigermaßen über die Runden zu kommen, ist eine „Rentenbiographie“ nötig, die die flexible Arbeitswelt nur den wenigsten beschert. Und dieser Finanzierungsgrundsatz ließ sich noch nie auf die gesamte Armenpflege anwenden. Wer dauerhaft aus dem Erwerbsleben ausgemustert ist, dem teilt der Staat Sozialhilfe zu. Die ist zum Sterben zwar zu viel, zum Leben aber zu wenig, weil im Sozialstaat die schönen Steuergelder zum Füttern von Bedürftigen viel zu schade sind. Aus dieser Gesellschaftsgruppe stammten also ebenfalls schon immer die Adressaten für vorweihnachtliche Mildtätigkeit. Nun wird alles „immer schlimmer“, denn diese Gesellschaftsgruppe wird immer größer. Das ist kein unglücklicher Zufall, sondern systemkonform. Geschäftstüchtig wie sie sind, haben sich deutsche Unternehmen den Erfordernissen der globalen Konkurrenz gestellt, sie haben rationalisiert, d.h. Lohnstückkosten gesenkt und Arbeiter entlassen und/oder keine mehr eingestellt und denen, die sie weiter beschäftigt haben, weniger Lohn bezahlt. Deshalb steht nun einer drastisch gestiegenen Anzahl von Anspruchsberechtigten eine drastisch gesunkene Summe von Sozialabgaben gegenüber. Um das Prinzip, die Sozialkassen aus dem Lohn der (noch) Beschäftigten zu finanzieren, beibehalten zu können, müsste man glatt den Bruttolohn erhöhen, und das, so hört man allenthalben, verträgt der deutsche Standort nicht. Vom Nettolohn, also dem, was die Leute für den täglichen Lebensunterhalt ausgeben können, wird zwar weiter fleißig abkassiert, aber das reicht eben nicht. Also wird „reformiert“: mit der Agenda 2010 und Hartz I – IV (s. VERSUS Nr.1 Nov. 2004) werden Ansprüche gestrichen und Teile der bisher Anspruchsberechtigten in die staatliche Armenfürsorge übernommen, sofern sie glaubhaft nachweisen können, dass sie wirklich gar nichts mehr haben. Das macht die Lohnarbeiter ärmer und die „sozial Schwachen“ auch und liefert Material für die diesjährigen Spendenaufrufe.

## Die Armut ist Schicksal

„Tatsächlich ist die Gesundheitsreform für viele ärmere Menschen eine ernsthafte Bedrohung geworden. ... Auch die pauschalierte Sozialhilfe macht den Menschen weiter zu schaffen. Den allermeisten gelingt es nicht, die geringe Pauschale von rund 30 Euro im Monat anzusparsen, um damit unvorhergesehene Ausgaben zu decken. ... Doch nicht nur für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger ist es schwerer geworden, mit dem Geld auszukommen. In vielen Betrieben müssen die Arbeitnehmer Lohnverzicht üben oder den Ausfall des Weihnachtsgeldes hinnehmen. Den sinkenden Realeinkommen stehen aber steigende Ausgaben etwa für Heizöl und Lebensmittel gegenüber. Viele Menschen plagt die Sorge, ob sie sich weiter die Miete leisten könnten, ob die Schulden sie auffräß, wie lange ihr Job noch sicher sei. ... Erstmals seit vielen Jahren ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Stuttgart wieder auf mehr als 24 000 Menschen gestiegen ...“ (St.Z.)

Und dann geht's weiter wie jedes Jahr. Mildtätige Menschen zeichnen sich mit erschreckender und abstoßender Hartnäckigkeit dadurch aus, dass sie die Beseitigung der Gründe für die von ihnen festgestellt Armut nicht für ihre Aufgabe halten. Ge-

naugonnen halten sie das für niemandes Aufgabe, weil sie die guten Gründe für die – verschärfte - Armut selber einsehen:

„Arbeitsplätze und Gesundheit, das kann auch die Weihnachtsaktion der Stuttgarter Zeitung nicht herbeizaubern(!) – ein wenig Hoffnung aber schon.“ (St.Z.)

Das kapitalistische Grundprinzip, dass wer nichts hat, nur dann ans Lebensnotwendige kommt, wenn ihn ein Geschäftsmann, der was hat, profitbringend für sich arbeiten lässt, leuchtet ihnen als quasi naturgegebene Konstante dermaßen ein, dass sie Änderungen daran für eine Frage magischer Kräfte halten. Dass das Lebensnotwendige fehlt, wenn man sich für das Geschäft der



Besitzenden nicht (mehr) nützlich machen kann – „nach 30 Jahren Bau sind die Knochen ruiniert“ (St.Z.) – oder wenn sich kein Geschäftsmann findet, der sich von der Beschäftigung der Habenichtse einen Profit verspricht, das ist die selbstverständliche Grundlage der Wohltätigkeit. Die täglichen Spendenaufrufe zählen „Schicksale“ auf, die sich erstens dadurch auszeichnen, dass irgendein Schicksalsschlag den Spendenbedürftigen daran hindert sich für Geschäft und Standort nützlich zu machen. Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität, pflegebedürftige Angehörige, frühzeitige Schwangerschaft, ein prügeln-der Ehemann, all das gilt auf dieser Basis als zwar bedauerlicher, aber eben auch nicht zu vermeidender Grund für nackte Armut. So werden die Armen, die durch die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse vom Reichtum ausgeschlossen sind, zu Opfern von unglücklichen Launen des Geschicks erklärt. Zum Zweiten tauchen unter den „Menschen in Not“ – sehr zeit- und konjunkturgemäß – Personen auf, die sich durchaus eines geregelten Arbeitsverhältnisses erfreuen, davon aber auch bescheidenst nicht leben können.

„Familie G. hat fünf Kinder, die alle noch zur Schule gehen. ... Zwar arbeiten beide Elter halbtags, aber trotzdem(!) reicht das Einkommen nicht aus, um davon den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten.“ „Frau A. freut sich zwar auf den Ein-Euro-Job, den sie demnächst antreten soll, weil er ihr hilft, den Tag zu strukturieren. Doch(!) finanziell werden die beiden auch in Zukunft eingeschränkt(!) sein.“ (St.Z.)

Da mag mit „zwar“ und „trotzdem“ so getan werden, als sei Lohnarbeit im Prinzip die Verhinderung von Elend, die moderne Arbeitswelt des globalisierten Kapitalismus zeigt da inzwischen eine andere Normalität. Das Abrutschen in spendenwürdige Armutverhältnisse gehörte schon immer zu den „Lebensrisiken“, die die Marktwirtschaft für Lohnarbeiter bereit hielt. Vorsorge für Notfälle ist eben von einem Einkommen, das grade bis zum Monatsende reicht, nicht drin. Die moder-

ne, nicht mehr ganz so soziale Marktwirtschaft, schafft darüber hinaus immer mehr Arbeitsverhältnisse, in denen der gezahlte Lohn weit vor Monatsende verbraucht ist und für das blanke Überleben aufstockende Maßnahmen aus der Sozialkasse erforderlich sind. Arbeiten und auf Sozialhilfeniveau leben, das sind die Biografien, die die Spendenaufrufe in diesem Jahr bereichern. „Schicksale“ eben!

## Die Armut ist unverschuldet

Ein zusätzliches Kriterium müssen die vom Schicksal derart gebeutelten allerdings noch erfüllen, um sich des Mitgefühls anständiger Bürger als würdig zu erweisen. In einer Gesellschaft, in dem keinem etwas geschenkt wird und alle ein Recht darauf haben, dass das auch so bleibt, hat ein „echter“ Hilfsbedürftiger nachzuweisen, dass er kein Faulenzer ist, der sich aus dem Mitleid anderer Leute einen faulen Lenz macht. Der gegen jeden Armen ins Feld geführte Generalverdacht, er lasse es an Anstrengung oder gar Bescheidenheit fehlen, will erst entkräftet werden, bevor ihn gute Mitmenschen mit Spendengroschen bedenken.

„Was können wir ihnen versprechen für ihr Geld? ... Dass wir zusammen mit den (sozialen und kirchlichen) Organisationen jeden Fall genau prüfen werden, bevor wir mit Ihrem Geld einen Scheck ausstellen.“ (St.Z.)

Armut alleine qualifiziert noch nicht für weihnachtliche Mildtätigkeit. Die edlen Spender haben einen Anspruch darauf, dass die Bedürftigkeit der Spendenempfänger groß genug, also die Armut wirklich „echt“ ist; und sie haben Anspruch darauf, dass sie unverschuldet ist. Im Unterschied zum Bettler an der nächsten Straßenecke verfügen die Einzelschicksale, die im Rahmen von Spendenaktionen vorgestellt werden über ein diesbezügliches Zertifikat. Da wird kein Fall vorgestellt, bei dem nicht eigens betont wird, dass der Bedürftige sich a) jahrzehntelang „in einem Betrieb abgerackert“ hat, b) momentan dazu wirklich nicht in der Lage ist – „in seinem erlernten Beruf konnte er nicht mehr arbeiten“ – und c) zur Verrichtung jeder möglichen „Erwerbs“tätigkeit bereit ist: „Doch auf keinen Fall will Herr. R. seine Ansprüche beim Sozialamt geltend machen. Stattdessen sammelt er jeden Tag stundenlang leere

Pfandflaschen in der Stadt auf.“! Und ebenso regelmäßig wird darauf verwiesen, dass die Betroffenen keineswegs große Ansprüche stellen

„Meist sind es eher kleine Beträge, die wir in ihrem Sinne weitergeben“ (St.Z.)

Ein Einkaufstrolley, ein Winterpullover, ein Badezimmervorleger, ein Kinderbett, das sind die Spenden, mit denen die Notleidenden „unterstützt“ werden sollen und für die Geld gesammelt wird.

## Den Armen wird geholfen

An eine Beseitigung der Not kann und soll bei dieser Sorte „dringend notwendiger Hilfe“ also keineswegs gedacht werden, noch nicht einmal die nackte Existenz wollen weihnachtliche Spendenaktionen irgendjemandem garantieren. Dass die milde Gabe bald aufgebraucht sein muss, die Armut also ebenso groß bleibt, wie anlässlich des Spendenaufrufs geschildert, ist bekannt und stört weder Spender noch Spendeneintreiber! Denen geht's um Höheres. „Ein wenig Hoffnung“ wollen sie „herbeizaubern“: nicht die Hoffnung auf ein besseres Leben, noch nicht einmal dafür taugen die erbärmlichen Gaben, sondern die Hoffnung darauf, als auch dauerhaft Armer von den lieben Mitmenschen nicht ausgegrenzt, sondern als anständiger Bürger anerkannt zu sein. Darauf haben die notleidenden Nachbarn Anspruch und – nur – das kriegen sie. Unter den genannten Bedingungen und wenigstens in der Vorweihnachtszeit!

Die Spender erhalten ihrerseits Gelegenheit, An- und Wohlstand zu demonstrieren. Zum einen können sie sich mit ihrem Scherflein in die Reihe der Menschen, die guten Herzens sind eingliedern, zum ändern dürfen sie den eigenen Geldmangel an der Not der als spendenwürdig vorgeführten Armen messen. An armen Nachbarn kann und soll man sehen, „wie schnell einer heutzutage durch das soziale Netz dieser Gesellschaft fallen kann“ (St. Z.). Gegen diese Gesellschaft soll das nicht sprechen, sondern dafür, dass man in ihr immer noch allen Grund zur Zufriedenheit hat, solange man zu den privilegierten Arbeitsplatzbesitzern gehört. Als solcher soll man sich, auch ohne Weihnachtsgeld, als – noch – relativ reich fühlen. Na dann, frohes Fest!

## Vorankündigungen

Für Tübingen:

Neue Aula, Hörsaal 2, um jeweils 19 Uhr

• am 17.01.2005 spricht Prof. Dr. F. Huisken über das Thema: „Arbeit und Reichtum“

• am 01.02.2005 spricht Wolfgang Rössler über das Thema: „Nationalismus“

Wer nun Interesse bekommen hat, sich mit einigen Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem wöchentlichen Diskussionstermin mit der GegenStandpunkt-Redaktion teilzunehmen.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Nebenraum der Gaststätte Herzog Ulrich Ulrichstr./ Ecke Christophstr. in Tübingen